

Antrag Nr. B 2

Antragsteller: Bezirksvorstand

Antragskommission:

Annahme

Sicherung der Schulstandorte

Weiterleitung:
Landtagsfraktion

Auch zur Sicherung der Schulangebote ist die Einführung der „Gemeinsamen Schule“ der richtige und notwendige Weg. Eine wesentliche Aufgabe der Bildungspolitik in den nächsten Jahren wird neben der Schaffung weiterer Angebote der „Gemeinsamen Schule“ vor allem Sicherung der Schulangebote im ländlichen Raum sein. Gerade in den „kleineren“ Städten und Gemeinden wird durch die demographische Entwicklung ein weiterführendes Schulangebot mit reinem Hauptschul- und Real-schulangebot nicht mehr zu ausreichenden Schülerzahlen führen. Ein wohnortnahes Schulangebot ist aber für den ländlichen Raum von größter Bedeutung. Gerade die hohe Zahl der Anmeldungen für das Gymnasium und die extrem sinkenden Anmeldezahlen für die Hauptschulen machen ein schnelles Handeln erforderlich.

Begründung:

Wie bekannt, sind die Schülerzahlen in den nächsten Jahren insgesamt stark rückläufig. Diese Tatsache hat natürlich in besonderem Maße Auswirkungen auf das gemeindliche Schulangebot. Eine vorausschauende Planung kommt daran nicht vorbei. So gilt es, den Bestand der Schulstandorte dauerhaft zu sichern. Die Einrichtung der „Gemeinsamen Schule“ bietet darüber hinaus auch bessere Entwicklungsperspektiven für die Städte und Gemeinden, dass sie gerade für Familien attraktiv bleiben bzw. werden. Daneben reduzieren sich dadurch auch für viele Schüler die oft langwierigen Busfahrten zu den weiterführenden Angeboten – zumindest bis Klasse 10. Land und Kommunen haben die Aufgabe, Vorschläge zur Standortsicherung zu erarbeiten. Die Kommunen sollten Einwohner-, Geburten- und Schülerzahlentwicklung als Grundlage für lokale und regionale Planungen erheben.